

# DIESE GRÜNEN!



## KITAPLÄTZE FEHLEN

### ■ WUPPERTAL BEI KINDERBETREUUNG SCHLUSSLICHT



Bereits vor einigen Wochen haben wieder 1.700 Eltern von der Stadt Wuppertal einen ablehnenden Bescheid bezüglich eines Kindertagesstätten-Platzes erhalten.

Nach Angaben des Stadtbetriebs heißt es, dass mindestens 1.000 Kinder trotz des Rechtsanspruches keinen Betreuungsplatz bekommen. Für einzelne Eltern bedeutet dies, keine Wahlfreiheit zu haben. Die heutigen Strukturen

erschweren den Einstieg in das System frühkindlicher Bildung. Es muss klar gesagt werden: Die Stadt Wuppertal und die große Kooperation hinken beim Thema frühkindliche Bildung hinterher. In neuen Studien sowohl des Statistischen Bundesamtes als auch der Wirtschaftswoche wird deutlich, wie sehr die Stadt Wuppertal ins Hintertreffen geraten ist, wie abgehängt unsere Kinder sind. Rang 69 von 69 Großstädten bzw. 66 von 69 Großstädten. Das kann

nicht so bleiben! Freie Träger würden gern mehr Plätze schaffen, werden dabei auf einem hohen Eigenanteil der Betriebskosten von über 12 % hängen gelassen. Wer als freier Träger bereits Kindertagesstätten besitzt, muss für diese weiterhin diesen hohen Eigenanteil tragen, denn nur für neu geschaffene Plätze wird der Eigenanteil von der Stadt erstattet. Das heißt de facto, dass kirchliche Träger gezwungen sind, Plätze in bereits vorhandenen Kinder-

tagesstätten aufzugeben. Allein die Diakonie spricht von 855 Plätzen in den letzten zehn Jahren, und auch in katholischen Einrichtungen wurden in den letzten zehn Jahren in den Einrichtungen Plätze reduziert.

Das alles passt nicht zusammen! Alle müssen an einem Strang ziehen, um das große Ziel zu erreichen, kein Kind zurückzulassen. Hier erwarten wir von der großen Kooperation, das sie endlich handelt und den Ausbau mit allen Trägern in dieser Stadt vorantreibt. Es kann und darf nicht sein, dass die freien Träger immer wieder verdrängt werden und alles auf eine neue Gesetzgebung vom Land geschoben wird. Warum geht in anderen Kommunen, was in Wuppertal nicht geht? Hier verspielt die große Kooperation die Zukunft der Stadt. Kindertagesstätten sind der Ort, wo Integration und frühe Bildung geschehen, wo die Grundlagen für Entwicklung geschaffen werden. Die Diakonie hat vorgerechnet, dass die Stadt Wuppertal pro Kind und Jahr für einen Platz in einer Einrichtung der Diakonie nur 2.379,40 Euro ausgeben müsste, statt 3.580 Euro pro Kind und Jahr in einer städtischen Einrichtung. Da ist das Zögern nicht zu verstehen!



### GUTEN TAG!

Liebe Leserinnen und Leser,

die Landtagswahl ist vorbei, die Wahlplakate sind abgehängt und wir haben wieder freie Sicht auf Wuppertal, zumindest bis zum Herbst.

Leider sind die GRÜNEN im Landtag nun in der Opposition. Wir können der schwarz-gelben Koalition nur raten, den für arme Städte wie Wuppertal unentbehrlichen Stärkungspakt weiterzuführen, keine Studiengebühren einzuführen, sich an den Kosten für das Pina-Bausch-Zentrum zu beteiligen u. v. a. m.

Eine Analyse der Wahl finden Sie in dieser Zeitung, ebenso Beiträge zur Armut von Kindern in Wuppertal, zur Kinderbetreuung, Bürgerbeteiligung beim städtischen Haushalt und bei der Seilbahn, zu GRÜNEN Plänen für den Platz am Kolk und den Planungen für das Engels-Jahr.

Wir wünschen Ihnen eine spannende Lektüre!

Ihr Redaktionsteam

## SEILBAHNPROJEKT – BÜRGER\*INNEN SIND GEFRAGT

### ■ GRÜNE UNTERSTÜTZEN FREIWILLIGEN RATSÜRGERENTSCHEID ZUR SEILBAHN

Für uns GRÜNE ist die Umsetzung einer Seilbahn zur Universität und weiter nach Kühlenhahn ein spannendes Projekt zur Verkehrswende

In zahlreichen Gesprächen mit Befürworter\*innen und Gegner\*innen der Seilbahn haben wir uns über die Vor- und Nachteile informiert, an Veranstaltungen teilgenommen und mit den WSW die Auswirkungen auf den Busverkehr diskutiert. Jetzt ist es an der Zeit zu überlegen, ob es in ein offizielles Planfeststellungsverfahren gehen soll oder nicht. Der Rat der Stadt soll am 10. Juli dazu eine Entscheidung treffen. Wir haben uns insbesondere über die frühzeitige Beteiligung der Bürger\*innen im Rahmen eines Bürgergutachtens gefreut. Aus diesem Gutachten wurde aber auch deutlich, dass noch einige Zahlen fehlten, um eine fundierte Aussage pro oder contra Seilbahn zu fällen. Mittlerweile wurden in weiteren Gutachten und der Berechnung eines Nutzen-Kosten-Indikators festgestellt, dass das Projekt volkswirtschaftlich betrachtet viele Vorteile bringt: für den Klimaschutz durch

knapp 5 Millionen eingesparte PKW-Kilometer pro Jahr, was einer Einsparung von ca. 800 Tonnen CO<sub>2</sub> jährlich entspricht. Auf der anderen Seite wird es drastische Kürzungen im Busangebot in der Südstadt geben und



Foto: Privat



das ist für uns kein positives Signal für die Wuppertaler Verkehrswende. Die Finanzierung der Seilbahn durch die WSW ist möglich, setzt aber Kosteneinsparungen an anderer Stelle voraus. Welche Möglichkeiten gibt es nun, zu einer sachgerechten Entscheidung zu kommen? Für uns ist die Meinung der Bürger\*innen wichtig, und zwar aller Wuppertaler\*innen. Dies könnte im Rahmen eines freiwilligen Ratsbürgerentscheides gelingen, an den sich der Rat der Stadt binden lässt. Außerdem möchten wir als GRÜNE prüfen, ob es Alternativen zu den bisher vorgelegten

Einsparungen des Busverkehrs in der Südstadt gibt, denn die Vorschläge der WSW sind nicht in Stein gemeißelt, sondern dienen als Diskussionsgrundlage. Falls also die Entscheidung im Rat für die Seilbahn ausgeht, fängt die Arbeit erst an. Auch wenn sich der Rat gegen die Seilbahn ausspricht, heißt das für uns nicht, dass die Diskussion über ein zukunftsfähiges Nahverkehrsnetz damit beendet ist.

Die Verkehrswende hin zu einer ökologischen und lebenswerten Stadt muss kommen, ob mit oder ohne Seilbahn.

## AUS DEM INHALT

Seite 2  
Sicherheit in Wuppertal

Seite 3  
Gastkommentar:  
Landtagswahl 2017

Seite 4  
Schienensperrung in den  
Sommerferien

Seite 5  
Friedrich Engels zum  
200. Geburtstag

Seite 6  
Städtische Haushaltsberatungen



## SICHERHEIT IN WUPPERTAL

■ NUR KEINE ANGST ...



Auch wenn Wuppertal eine der sichersten Städte Deutschlands ist, gibt es hier Orte, an denen viele Menschen ein mulmiges Gefühl bekommen. Dieses Unsicherheitsgefühl ist überproportional bei Frauen und älteren Menschen vorhanden.

Wir GRÜNE sind froh, dass die Stadt Wuppertal bereits im Jahre 1998 die „Lenkungsgruppe Soziale Ordnungspartnerschaften“ einrichtete, um u. a. die Situation auf öffentlichen Plätzen und Straßen zu verbessern. Dies geschah, nachdem man ein Jahr zuvor die sogenannten Angsträume am Döppersberg beseitigen wollte. Dabei wurde festgestellt, dass eine Institution, eine Behörde solch vielschichtige Probleme nicht allein lösen kann. Seitdem versuchen viele Akteur\*innen gemeinsam, eine Verbesserung für alle Bürger\*innen herbeizuführen. Das ist nicht leicht in Zeiten leerer Kassen. Trotzdem hat sich seitdem vieles getan. Zunächst wurden die Angsträume identifiziert und allein in Elberfeld neun Plätze, Tunnel, Treppenanlagen u. a. ermittelt.

Einer dieser Plätze war der Karlsplatz. Dort hielten sich lange Zeit nur diejenigen auf, die Alkohol und/oder Drogen (ver-)kaufen oder konsumieren wollten. Die Folge war, dass insbesondere Frauen und Familien diesen Platz mieden. Denn im Laufe der Zeit hatten sich aufgrund von starker Verunreinigung hier auch noch Ratten

angesiedelt. Inzwischen wurden zahlreiche Maßnahmen ergriffen, um den Platz wieder für alle Menschen attraktiv zu machen. Der Rattenplage wurde bekämpft und Spritzen und anderer Unrat beseitigt. Anschließend wurde das Strauchwerk gestutzt, sodass es keine dunklen, nicht einsehbaren Bereiche mehr gibt. Außerdem wirkt es sich positiv auf die Aufenthaltsqualität aus, wenn die Menschen sich ihre Plätze zurückerobern. Am Karlsplatz hat das der Verein „Neue Arbeit-Neue Kultur Bergische Region“ gemacht und dort 14 Tage lang Perspektiven für eine nachhaltige Stadtgestaltung aufgezeigt. Eine Aktion, der sich viele Bürger\*innen angeschlossen haben, was ebenfalls dazu beigetragen hat, dass der Karlsplatz wieder etwas grüner wird.

Damit solche (kleinen) Erfolge auch weiterhin möglich sind, braucht es aber diejenigen, die kontinuierlich prüfen: Wo gibt es (neue) Angsträume? Wie können sie beseitigt werden? Wer kann was dazu tun? Wer muss/sollte noch eingebunden werden? Darum kümmert sich bei der Wuppertaler Stadtverwaltung seit vielen Jahren mit großem Einsatz Frau Sybille Ackermann, der wir an dieser Stelle Danke sagen wollen.

Und Sie wissen jetzt auch, an wen Sie sich wenden können, wenn Sie den Eindruck haben: Dieser Ort in Wuppertal macht mir und vielen anderen Angst.

## ARM WERDEN IST NICHT SCHWER

■ ARM SEIN DAGEGEN SEHR!

Dieser zugegebenermaßen recht zynische und plakative Spruch transportiert dennoch eine wichtige Wahrheit. Es ist nicht nur schlimm, heutzutage in der Armutsspirale gefangen zu sein, sondern es betrifft zunehmend viele Menschen in Wuppertal, vor allem Kinder und Jugendliche.

Statistisch gesehen ist jedes dritte Kind in Wuppertal von Armut betroffen. Kinderarmut ist dabei auch immer Familienarmut und nicht für sich alleine zu sehen. Man könnte dies jetzt skandalisieren, viele Statistiken herbeiziehen und den Staat, die anderen Parteien oder sonstige Verantwortliche in Bund, Ländern und Kommunen kritisieren. Doch all dies bringt vor allem diejenigen, um die es geht, nicht weiter. Lösungsansätze müssen her, um die Kinderarmut zumindest einzudämmen und die Not zu lindern, und das ist, um es recht klar zu sagen, eben nicht nur mit einer sicherlich notwendigen Erhöhung des Hartz-IV-Regelsatzes zu bewerkstelligen.

Ein erster guter und ernst gemeinter Ansatz ist die Aufstellung eines Förder- und Präventionsplanes seitens der Stadt Wuppertal. An diesem Plan

arbeiten zurzeit mit Hochdruck nicht nur viele Verwaltungseinheiten, sondern auch die freien Träger der Wohlfahrtspflege und Vertreter\*innen aus dem Sport- und Gesundheitsbereich. Ziel ist nicht nur, einfach „mehr Geld ins System“ zu bringen, sondern sogenannte „Präventionsketten“ zu bilden. Hinter diesem sperrigen pädagogischen Begriff verbirgt sich der Ansatz, die verschiedenen Unterstützungsmöglichkeiten besser als bisher miteinander zu vernetzen und Angebote von der Geburt bis ins junge Erwachsenenalter vorzuhalten, um so Kinder, Jugendliche und ihre Familien auch in schwierigen Situationen zu begleiten. Es geht hierbei aber eben nicht um einen defizitorientierten Ansatz, sondern das Motto „Stärken stärken“ steht im Fokus. Unter anderem ist der Ausbau der Frühen Hilfen, ein gezielteres Elterncoaching innerhalb und auch außerhalb von Tageseinrichtungen für Kinder, aber eben auch die stärkere Vernetzung zwischen den Systemen Kita, Schule, gesundheitliche Versorgung gemeint. Konkrete Maßnahmen werden zurzeit entwickelt und werden wohl im Herbst/Winter 2017 vorgestellt. Wir

als GRÜNE sehen diesen Ansatz als einen ersten wichtigen Schritt in Richtung der Bekämpfung von Kinderarmut. Wichtig ist für uns, dass nicht nur gute Ideen in das Konzept einfließen, sondern dass die „Präventionskette“ auch mit genügend finanziellen Mitteln ausgestattet wird. Jetzt investiertes Geld in die Prävention ist gut angelegt, wenn man langfristig die Kosten im Bereich der Hilfen für Erziehung senken möchte. Nichtsdestotrotz gilt es weiterhin und dies ist unabhängig von der Erstellung des Konzeptes, das die Bekämpfung von Kinderarmut nur durch eine vielfältige Angebotslandschaft möglich ist. Wir als GRÜNE fordern den Erhalt des Status quo in der offenen Kinder- und Jugendarbeit, eine bessere ambulante kinder- und jugendpsychiatrische Versorgung und den Ausbau von Sprachförder-Kitas.

Die verschiedenen Ansätze müssen noch stärker ineinandergreifen, nur dann kann das Landesprogramm „Kein Kind zurücklassen“ auch wirklich erreicht werden. Es geht nicht um Einsparungen der Kommunen, sondern eben um das einzelne Kind. Ein Kind mehr in Armut ist eines zu viel.

## AUSSCHÜTTUNG VON LVR-ÜBERSCHÜSSEN

■ KOMMUNALE MITTEL ZURÜCKZAHLEN!

Die GRÜNE Fraktion stellte im Mai den Antrag, der Rat der Stadt Wuppertal möge die Ausschüttung eines Teils des Jahresüberschusses des Landschaftsverbands Rheinland an die Kommunen unterstützen. Die Zahlen sprechen für sich: Der LVR will die Rückstellungen für Integrationshilfen von 275 Mio. Euro an die Kommunen auszahlen. Entsprechend wurde auch die Umlage für den Doppelhaushalt 2017/2018 reduziert. Das haben die GRÜNEN ausdrücklich begrüßt. Trotzdem erwirtschaftet der LVR seit 2013 positive Jahresabschlüsse, 2016 betrug der Überschuss knapp 168 Millionen! Ein Teil davon, nämlich 24,4 Mio. Euro, soll in die Ausgleichsrücklage fließen. Diese wäre dann mit 145 Millionen maximal gefüllt. Die übrigen 143 Millionen sollen der Allgemeinen Rücklage zufließen, die damit auf 453 Milli-

onen ansteigen würde. Und an diesem Punkt sagen wir: So sollte man mit Geldern, die die Kommunen über die Landschaftsumlage eingezahlt haben, nicht umgehen. Der LVR ist nicht die Sparkasse für die Mitgliedskommunen! Insbesondere Stärkungspakt-Kommunen wie Wuppertal benötigen jeden Euro für Investitionen. Natürlich gibt es auch für den Haushalt des LVR Risiken wie durch das neue Bundesteilhabegesetz. Aber auch die sind schon im Doppelhaushalt 2017/2018. Viele Auswirkungen sind aber noch gar nicht kalkulierbar. Dazu wäre es unter anderem notwendig, bald eine Klärung der Zuständigkeit für die Eingliederungshilfe auf Landesebene herbeizuführen und so für mehr Planungssicherheit zu sorgen. Der LVR kann aber auch keine Versicherung sein für alle denkbaren Risiken, die auf den Verband zukom-

men. Die ersten Änderungen durch das BTHG sind zum 1.1.2017 in Kraft getreten, doch der erwartete große Zulauf ins System ist nicht erkennbar. Deshalb wollen wir, dass den Kommunen ein Teil ihrer Umlagen zurückgezahlt wird, z. B. über einen Nachtragshaushalt. In der Kommune würden diese Gelder dringend benötigt, um Investitionen im Sozialbereich umzusetzen, u. a. Wohnmöglichkeiten für Menschen mit Behinderung zu schaffen. Viele Erwachsene mit Behinderung leben noch bei ihren hochbetagten Eltern, die sie auf Dauer nicht weiter beherbergen können. Diese Menschen werden den Sozialämtern „vor die Füße fallen“, und so wird es kommunale Aufgabe, Lösungen zu finden. Trotz aller guten Argumente ist unser Antrag von SPD und CDU abgelehnt worden.

## GASTKOMMENTAR: MACH'S GUT, WUPPERTAL – EIN KLEINER ABSCHIED UND EIN NEUER AUFBRUCH

■ VON JUTTA VELTE MDL, EHEMALIGE BERGISCHE LANDTAGSABGEORDNETE DER GRÜNEN

Mit diesen Zeilen möchte ich mich verabschieden, denn ich bin nicht mehr im Landtag. Das Wahlergebnis für uns GRÜNE hat nicht gereicht, um dem Bergischen Land mit der Stadt Wuppertal eine GRÜNE Stimme im Landtag zu geben. Das bedauere ich sehr.

Es hat mir sehr viel Freude gemacht, mit Ihnen, den Wuppertaler\*innen, zu sprechen, Ihre vielen Ideen und Initiativen aufzugreifen und immer wieder in die Landtagsfraktion einzubringen. Und ich danke Ihnen dafür, dass Sie mir Ihre Türen geöffnet haben. Ich werde auch in Zukunft für unsere Region kämpfen. Denn ich bin über-

zeugt: Es sind gerade die GRÜNEN Themen, die Wuppertal zu einem erfolgreichen Zukunftsprojekt machen: das Quartier Arrenberg, die vielen neuen Formen der Bürgerbeteiligung wie bei Utopia-Stadt und der Nordbahntrasse, der starke GRÜNE Einsatz für eine offene Gesellschaft, für eine andere Flüchtlingspolitik, für Chancengerechtigkeit.

In Zeiten, in den Menschen als Grund für ihre Wahlentscheidung angeben, ihnen mache die unsichere Lage in der Welt Sorgen, gilt es, einmal mehr den Blick über den Tellerrand zu wagen. Wuppertaler\*innen haben es gelernt, zu kämpfen – das habe ich in den vergangenen fünf Jahren gesehen. Für



Foto: Privat

eine bessere Stadt, gegen Kinderarmut, für eine bessere Infrastruktur, für Fahrradwege, für mehr Bürgerbeteiligung, gegen Abschiebungen, für bessere Stadtfinanzen. Wuppertal steht zusammen und Wuppertal ist auch immer wieder Akteur\*in, wenn es um Zusammenhalt und Zusammenarbeit geht. Im Bergischen und in NRW. Wuppertaler\*innen wissen: Wer etwas verändern will, muss auch etwas dafür tun. Denn es lohnt sich. Gerade deswegen ist die Bundestagswahl so wichtig. Das Jahr 2015 hat gezeigt, wie viel positive Energie in vielen von uns steckt. Die Solidarität der Menschen mit denen, die aus Not zu uns gekommen sind, auf der Flucht vor

Terror, Krieg und Hoffnungslosigkeit, war und ist groß. Es ist diese Offenheit, die uns stark gemacht hat und stark macht. Es ist nicht der Kleinmut derer, die am liebsten die Zeit zurückdrehen wollen. Wir GRÜNEN stehen für eine offene Gesellschaft, wir kämpfen für mehr Gerechtigkeit in der EINEN Welt, für Klimaschutz, für soziale Gerechtigkeit – vor Ort, im Land und im Bund. Gerade deshalb kann und darf es ein „Weiter so“ nicht geben.

In diesem Sinne freuen wir GRÜNEN uns über Ihre Stimme bei der Bundestagswahl. Und ich freue mich persönlich über weitere schöne Begegnungen, an welchem Ort und in welcher Funktion auch immer.

## LANDTAGSWAHL 2017

■ GASTKOMMENTAR VON CLAUDIA SCHMIDT, SPRECHERIN DES GRÜNEN KREISVERBANDES

**Haustürwahlkampf, Promi-Besuche (Sylvia, Claudia, Cem & Simone), GRÜNE Jugend-, Hingucker- und Guerrilla-Tour! Dazu Wahlkampfstände der Stadtteilgruppen, Pendlerfrühstücke, Verteilaktionen, Kneipenwahlkampf, Katerfrühstück, 3-Tage-Wach und Briefkastenbestückung. Wir haben viel gemacht – vielen Dank dafür!**

Trotz allem hat es nur für 6,4% gereicht. Das ist eine erschütternde Wahlkampfklappe! Die rot-grüne Landesregierung wurde deutlich abgewählt. Die Konsequenzen auf Landesebene sind uns allen klar. Das Ergebnis der Landtagswahl hat aber nicht nur auf Landesebene Folgen, sondern wir als Kreisverband sind auch unmittelbar betroffen. Zum einen haben wir (die Bergische Region!) keine GRÜNE Landtagsabgeordnete mehr im Parlament und zum anderen bedeutet das für unseren Kreisverband erhebliche zusätzliche finanzielle Belastungen. Gründe für das schlechte Abschnei-



Foto: Privat

den liegen darin (so hat es unsere Mitgliederversammlung am 13.06.2017 ausgearbeitet), dass unsere Landtagsfraktion viel zu spät bis gar nicht ihre Erfolge der Regierungszeit kommuniziert hat, nicht deutlich die Unterschiede zum Koalitionspartner dargestellt und nicht in Erinnerung gerufen hat, was alles falsch unter in der schwarz-gelb geführten Landesregierung 2005-2010 war. Zudem waren die Themensetzungen schlecht ausgearbeitet. Auch die Wahlkampagne hat nicht den erwünschten Effekt der Zuspitzung auf bestimmte Themen erbracht.

Wir GRÜNEN in Wuppertal haben uns u.a. eine Verbesserung in der Kommunikation mit den Mitgliedern vorgenommen, um somit eine bessere Mobilisierung innerhalb der Mitgliedschaft zu schaffen. Das inhaltliche Fazit für uns bewegt uns eigentlich schon seit Jahren: Wir müssen wieder vermehrt das Gespräch mit den Bürger\*innen suchen, wir müssen uns wieder ver-

mehrt in den Bürgerinitiativen und den Organisationen verankern!

Und dann war da noch Jörg Heynkes. Mit ihm hatten wir erstmals einen unabhängigen Landtagskandidaten. Jörg hat einen Wahlkampf gemacht, der sich komplett von dem unterschied, wie wir als Partei seit Jahrzehnten Wahlkampf machen (und den unser Parteibudget niemals hergegeben hätte!).

Wichtig ist aber, dass wir aus seinem Wahlkampf etwas lernen können. Jörg hat in seinen Quartierspalavern das Gespräch mit den Bürger\*innen gesucht und wahrgenommen. Außerdem hat er uns einen Blick von außen auf unsere Strukturen vermittelt, der nicht spurlos an uns vorübergehen wird! Das werden wir als Kreisverband aber unter uns aufarbeiten. Nach der Bundestagswahl. Denn jetzt gilt erst einmal: Kritik annehmen, umsetzen und hoffentlich besser machen – denn in diesem Jahr ist nach der Wahl vor der Wahl ...

## ADFC-FAHRRADKLIMA-TEST 2016

■ WUPPERTAL ZUM ZWEITEN MAL TOP-AUFHOLER



Die Stadt Wuppertal durfte im Mai in Berlin die ADFC-Auszeichnung „Zweitstärkster Aufholer“ entgegennehmen.

Nachdem Wuppertal bereits 2014 als „TOP-Aufholer“ in Sachen Fahrradfreundlichkeit ausgezeichnet wurde, stehen wir nun auf Platz 16 des bundesweiten Städte-Rankings und in NRW hinter Münster und Oberhausen sogar auf Platz 3.

Punkten konnte Wuppertal beim Fahrradklimatest vor allem mit der starken Verbesserung der Fahrradförderung, den wenigen Fahrraddiebstählen und der stetig wachsenden Zahl für den Radverkehr in Gegenrichtung geöffneten Einbahnstraßen. Weniger gut beurteilt wurden die Radverkehrsführung an Baustellen, die Ampelschaltungen für Radfahrer\*innen und die seltene Falschparkerkontrolle auf Radwegen. Bei der ADFC-Umfrage in Wuppertal machten 693 Teilnehmer\*innen mit, die insgesamt die Durchschnittsnote 3,9 vergaben. Das ist zwar nicht berauschend, aber etwas besser als vergleichbare Städte wie zum Beispiel Düsseldorf mit der Note 4,2.

War Wuppertal im Jahr 2012 noch Schlusslicht der Nation, zeigt sich jetzt ganz klar, dass die Aufholjagd bei der Förderung des Fahrrads als Alltags-

verkehrsmittel von den Bürger\*innen gewürdigt wird und unsere Stadt attraktiver macht.

Die Stadt Wuppertal sollte die gute Platzierung nun als Ansporn für weitere Verbesserungen des Radverkehrs sehen. Noch sind wir keine Fahrradstadt. Wer dieses Ziel ernsthaft erreichen will, muss die Verkehrsinfrastruktur in Wuppertal umbauen und dem Radverkehr mehr Raum geben.

Dafür muss Geld investiert werden, deshalb braucht es dafür auch ein eigenes Budget im kommenden Haushalt. Nur so kann es gelingen, die im Rahmen des Radverkehrskonzeptes erarbeiteten Maßnahmen umzusetzen. Wir brauchen noch viele weitere Verbesserungen, um das Radfahren in Wuppertal für viele Menschen attraktiver und sicherer zu machen. Dazu gehören selbstverständlich die notwendigen Anbindungen an die Nordbahntrasse, die Öffnung weiterer Einbahnstraßen und Busspuren (die auch Umweltspuren genannt werden) für den Radverkehr sowie mehr sichere Abstellanlagen, um nur einige Maßnahmen zu nennen, für die wir uns als GRÜNE in den Wuppertaler Gremien seit Jahren einsetzen.

Weitere Informationen finden Sie hier: [www.fahrradklima-test.de](http://www.fahrradklima-test.de)

## AUSSCHREIBUNG, DIE DRITTE

■ FINDET DER WEIHNACHTSMARKT VOR OSTERN STATT?

**Die in der Überschrift gestellte Frage klingt spaßig, hat aber einen ernsten Hintergrund. Mit ihrem chaotischen Vorgehen hat die große Koalition aus SPD und CDU im Wuppertaler Stadtrat die Organisation der Weihnachtsmärkte zu einem Spiel mit ungewissem Ausgang gemacht.**

Rin in die Kartoffeln (Markt GmbH), raus aus den Kartoffeln und jetzt wieder rin – so ein Hin und Her bei dem eigentlich einfachen Thema Weihnachtsmärkte dürfte es eigentlich in Wuppertal nicht geben.

Die große Koalition verbreitet in unserer Stadt ein Chaos, das Wuppertal langfristig schadet und – schlimmer

noch – das Vertrauen in die kommunale Demokratie untergräbt.

SPD und CDU wollen nicht europaweit nach neuen Betreibern für die Weihnachtsmärkte in Elberfeld und Barmen suchen lassen, also findet eine europaweite Ausschreibung nicht statt.

Zur Begründung heißt es von der CDU, ein solches Bürokratiemonster hätte zwangsläufig auch Auswirkungen auf andere Veranstaltungen in Wuppertal. Darüber hinaus sei die Stadt von völlig unrealistischen Umsatzzahlen ausgegangen.

Die SPD argumentiert, bei einer europaweiten Ausschreibung habe man zu wenig Einfluss auf die angebotenen Waren. Außerdem sei ein Markt eine

ureigene Aufgabe der Kommune. Deshalb soll die Stadt die Weihnachtsmärkte ab 2018 jetzt doch selbst organisieren. Wie genau das gehen soll und was das kostet, steht noch nicht fest.

Für 2017 sucht die Stadtverwaltung nun auf dem Wege einer verwaltungsrechtlichen Auslobungsentscheidung Betreiber für die drei Weihnachtsmärkte. Das scheint geklappt zu haben: Kurz vor Redaktionsschluss erreichte uns die Information, dass drei Interessenten gefunden wurden. Hoffentlich sind sie dieser Aufgabe auch gewachsen.

Es bleibt spannend, und wenn es nicht klappt, bringt in Wuppertal eben der Osterhase Weihnachtsbaum und Eier.

## VORGESTELLT:

ILONA SCHÄFER



Ilona Schäfer ist 51 Jahre alt und von Beruf medizinisch-technische Assistentin. Den Beruf übt sie nur noch in Teilzeit aus, um mehr Zeit für die Politik zu haben. Aber die Arbeit im Krankenhaus, wo sie menschliche Schicksale hautnah mitbekommt, „erdet“ sie auch immer wieder, während das politische Geschäft oft sehr theoretisch ist.

Viele Jahre lang war sie im Vorstand der BUND-Kreisgruppe Wuppertal tätig, so kam auch der Kontakt zu den GRÜNEN zustande. Ab 2002 vertrat

sie die GRÜNE Fraktion im Umweltausschuss als sachkundige Bürgerin. 2004 wurde sie in die Bezirksvertretung Barmen gewählt, der sie immer noch gern angehört. Dabei hat sie stets ein Auge darauf, dass Barmen nicht „abgehängt“ wird, sondern als eigenständiges Stadtzentrum mit interessanten Angeboten punkten kann. Sie bezeichnet sich inzwischen als „gefühlte Barmerin“, denn schon lange wohnt sie mit ihrem Lebensgefährten nicht mehr in Barmen, sondern am Hahnerberg.

Seit 2009 ist Ilona Schäfer Stadtverordnete und hat seitdem ihr Herz für die Sozialpolitik entdeckt. Im Ausschuss für Soziales, Familie und Gesundheit setzt sie sich z.B. für die Belange von älteren Menschen, psychisch Kranken oder Menschen mit Behinderung ein. Dazu hat sie viele Kontakte mit Menschen geknüpft, die in sozialen Einrichtungen tätig sind, und sie informiert sich auch gern vor Ort über deren Bedürfnisse. Da passte es gut, dass nach der letzten Kommunalwahl ein Sitz in der Landschaftsversammlung Rheinland neu zu vergeben war. Darin sah sie

schnell eine neue, reizvolle Aufgabe. Der Landschaftsverband als größter überörtlicher Träger der Eingliederungshilfe bündelt ein hohes Maß an Kompetenz, um Menschen mit Behinderung oder mit psychischen Erkrankungen eine gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen. Hier gibt es viele Anknüpfungspunkte zur Kommunalpolitik. Denn die Konzepte, die der Landschaftsverband erarbeitet und auch finanziell unterstützt, werden in der Regel in den Kommunen umgesetzt. Die UN-Behindertenrechtskonvention ist die Grundlage für diese wichtige Aufgabe, und mit dem Bundesteilhabegesetz wurde Ende letzten Jahres die Umsetzung auf Bundesebene neu geregelt.

Klar ist jetzt schon: Sowohl für den LVR als auch für die Kommunen gibt es noch viel zu tun!

Daran möchte Ilona Schäfer weiter mitarbeiten, denn die Interessen von Menschen zu vertreten, die keine starke Lobby haben, ist für sie ein wichtiges Anliegen, dem sie sich mit viel Engagement widmet.

## SCHIENENSPERRUNG IN DEN SOMMERFERIEN

### ■ VERKEHRSAUSSCHUSS FORDERT DEUTLICHE VERBESSERUNGEN

Angesichts der erneuten Abkopplung Wuppertals vom Schienennetz in den sechseinhalbwöchigen Sommerferien sind erhebliche Verbesserungen des Schienenersatzverkehrs dringend erforderlich – und dieser ist nicht ausschließlich an Kostenkriterien auszurichten.

Wegen Bauarbeiten der Bahn in den Osterferien mussten Pendler\*innen aus und nach Wuppertal zwei Wochen lang mit erheblich längeren Fahrtzeiten leben. Der Schienenersatzverkehr (SEV) lief mit massiven Verzögerungen, SEV-Busse waren oftmals viel zu voll oder fielen sogar komplett aus. Wegen des Staus auf der A46 wurden Bahnfahrergäste mit der gleichen Problematik konfrontiert, die Autofahrende bereits seit Jahren gewohnt sind: Stillstand.

Auf Antrag der GRÜNEN hat nun der Verkehrsausschuss in einer Sondersitzung der Deutschen Bahn und des VRR eine deutliche Verbesserung für die geplante Sperrung in den anstehenden Sommerferien gefordert.

Die Bedürfnisse der Fahrgäste sollen an erster Stelle stehen und die Organisation des SEV darf nicht lediglich an Kostenkriterien ausgerichtet werden. Häufigere und schnellere Verbindungen sollen angeboten und auch Expressbusse auf den Strecken nach Mettmann, Velbert/Langenberg oder in Richtung Solingen eingesetzt werden.



Verbesserungswürdig ist auch die Informationslage für die Bahnfahrergäste. Es müssen mehr geschulte Umsteigehelfer\*innen im Einsatz sein, die Wege an den Bahnhöfen sollen besser beschildert und der SEV soll in die Online-Fahrplanauskunft des VRR integriert werden.

Die Vertreter der Bahn und des VRR haben deutliche Nachbesserungen zugesichert, dennoch bleiben einige Punkte offen, z. B., wie viel Personal zur Unterstützung der Reisenden eingesetzt wird und ob es insbesondere für Reisende mit (Urlaubs-)Gepäck und Menschen mit Kinderwagen, Rollatoren etc. bessere Bedingungen gibt. Die Botschaft, dass die Sperrung des Schienenverkehrs im Sommer deutlich besser laufen muss als in den Osterferien, ist bei den Vertretern der Bahn

und des VRR angekommen. Dank der gemeinsamen Bemühungen von Verwaltung, Medien und Politik wird es nun wesentlich mehr Busse und mehr Personal zur Lenkung der Reisenden geben.

Die Bahnsperre zeigt uns, dass die Bahn ein kostbares Gut ist. Viele Wuppertaler\*innen sind tagtäglich auf sie angewiesen. Während man es beim motorisierten Individualverkehr als vollkommen normal empfindet, dass eine Fahrt von Wuppertal nach Düsseldorf zu den Stoßzeiten 75 statt 30 Minuten dauert, erwartet man bei der Bahn funktionierende und verlässliche Verbindungen. Das darf natürlich durchaus etwas kosten! Bei der anstehenden Bahnsperre erwarten wir GRÜNEN darum neue Wege und bessere Lösungen.

## DAS BRILLER VIERTEL IM WANDEL

### ■ DAS GANZE NICHT AUS DEM BLICK VERLIEREN

Das Briller Viertel ist eines der wenigen verbliebenen zusammenhängenden, gründerzeitlichen Villenviertel, die den Repräsentationswillen des Großbürgertums sowie seine Architekturgeschichte widerspiegeln.

Der parkähnliche Gesamteindruck des Viertels entsteht durch die Summe der historisch wertvollen Gebäude und ihrer Gärten, die sich wie Perlen entlang der verschiedenen Höhenlagen aufreihen. Für unsere Stadt ist es ein großes Glück, dass diese Gebäude unbeschadet den Krieg überstanden haben und heute unter Denkmalschutz stehen.

Der letzte Schritt, das gesamte Viertel durch eine Denkmalschutzsatzung auch in seinem grünen Charakter zu sichern, ist aufgrund von Personalengpässen leider auf unbestimmte Zeit verschoben, da erst andere Viertel an der Reihe sind.

Solange wir aber auf diesen Bereichs-schutz warten müssen, sind die Lokalpolitiker\*innen und die Verwaltung gefordert und in der Verantwortung, Fehlplanungen oder Fehlentwicklungen frühzeitig zu erkennen und aufzuhalten.

Das passiert aber häufig nicht, weil man das Viertel nicht zu einem Freilichtmuseum „verkommen“ lassen will oder weil man ernsthaft glaubt, nur weitere Neubauten könnten den Erhalt der Gründerzeitvillen finanzieren. So werden Villengärten verstärkt zu Bau-

land und die Zweckbauten – nicht nur der Nachkriegsjahre – geraten ins Visier der Abrissbirne, könnte an ihrer Stelle doch Platz für mehr Wohnraum für finanzstarke Neubürger\*innen geschaffen werden. Teuer zu vermarkteter Wohnraum in einem bevorzugten Wohngebiet weckt Begehrlichkeiten bei Eigentümer\*innen und Investor\*innen auf dem Wohnungsmarkt. Das Gesicht des Briller Viertels wandelt sich schleichend: Das erste Denkmal ist halb verdeckt, das nächste aufgrund von Aufzugsschacht und Belüftungsanlage auf dem letzten Staffelgeschoss nicht mehr sichtbar, und an anderer Stelle grenzt die Gründerzeitvilla an eine tiefe Betonschlucht, die Zufahrt einer Tiefgarage. Das ist eine städtebauliche Entwicklung, die zu unserem Bedauern zunehmend an Dynamik gewinnt.

Geht das nicht auch anders? Sicher, dafür müsste man vielleicht auf ein paar Quadratmeter verzichten. Und wenn Sie glauben, dass die Neubauten die Gründerzeitvillen auch zukünftig nicht überragen werden, dann irren Sie – die ersten geänderten Bebauungspläne sind erfolgreich durch den Stadtrat gegangen. Ist bei der Villa Amalia die Firsthöhe erreicht, folgt beim benachbarten Neubau noch der Aufzugsschacht und die Belüftungsanlage ...

So viel zum geforderten „Schutz der Dachlandschaft“ im Denkmalbereich.

## UMDENKEN UND IDEEN UMSETZEN

### ■ NEUER DÖPPERSBERG, NEUES HOTEL, NEUER PLATZ AM KOLK



Bereits im Jahr 2013 forderten wir GRÜNEN, dass der Platz am Kolk im Herzen von Elberfeld umgestaltet werden sollte. Aus dem hässlichen Parkplatz könnte ein attraktiver Stadtplatz werden. Damals war geplant, die City-Arkaden zu erweitern und den Platz zu überbauen, davon hat der Betreiber des Einkaufszentrums mittlerweile Abstand genommen. Doch die Umgestaltung des Döppersbergs macht es nötig, auch das Umfeld in den Blick zu nehmen. Die gesamte City wird sich verändern, und in den letzten Jahren sind neue Parkmöglichkeiten für Autofahrer\*innen geschaffen worden, wie z. B. das Parkhaus bei Saturn oder das Parkhaus an der Hofaue. Jetzt gibt es die Chance, auch für die Aufenthaltsqualität der Menschen etwas zu tun. Ein Investor baut das ehemalige Postgebäude zu einem Hotel um, das bereits 2018 eröffnet werden soll. Der Platz davor sieht allerdings zum

Fürchten aus. Für uns GRÜNE könnte der Platz mit Gastronomie und Bänken, Taxiplätzen, vielleicht einer Bushaltestelle und natürlich Abstellmöglichkeiten für Fahrräder eine neue Perspektive schaffen. Außerdem würde so die Kirche am Kolk wieder bes-

ser zur Geltung kommen. Bisher ist der Platz durch die vier Autospuren der Morianstraße vom Kernbereich der City abgetrennt, und die Überwege für Fußgänger\*innen sind nicht attraktiv. Hier sind Änderungen dringend nötig. Wir möchten unsere Pläne als Anregung verstanden wissen, die zum Umdenken einlädt. Im Rahmen der „Qualitätsoffensive Innenstadt“, eines Diskussions- und Beteiligungsprojekts zur Zukunftsgestaltung der Innenstädte von Elberfeld und Barmen, wurde der Platz am Kolk als Thema benannt. Doch jetzt werden zuerst andere Pläne umgesetzt, wie z. B. die Umgestaltung des Von-der-Heydt-Platzes, die mit Landesgeldern gefördert wird. Somit wird die Zukunft des Platzes am Kolk auf später vertagt und in den nächsten Jahren ist nicht mit einer Umsetzung zu rechnen. Wir GRÜNEN werden weiter drableiben und versuchen, mit unseren Ideen die Qualität der Innenstädte für die Menschen zu verbessern.



Foto: Privat

## NORDPARK WIRD SCHÖNER –

### ■ AUCH FÜR AUTOFAHRER\*INNEN!?



### Mehr Parkplätze am Nordpark – das muss nicht sein

Eine Anfrage der CDU brachte ans Tageslicht, dass es Planungen gibt, an der Zufahrt Mallack zum Nordpark mehr Parkplätze zu schaffen. Die Stadt will ein Grundstück ankaufen und die CDU möchte diese Fläche für angeblich „dringend erforderliche“ Parkplätze nutzen. Aktuell gibt es ca. 80 Parkplätze, damit Besucher\*innen den Nordpark mit dem Auto erreichen können. Für die geplante Eröffnung der Turmterrassen hat der Investor 18 der vorhandenen Stellplätze als erforderlichen Nachweis an Stellplätzen erworben. Auf der neuen Fläche könnten ca. 100 Stellplätze geschaffen werden, dafür müsste aber auch eine Waldfläche geopfert werden. Die Kosten für Kauf und Ausbau als Parkplatz sowie Kompensation für die Auf-

gabe der Waldfläche betragen ungefähr 500.000 Euro. Die Finanzierung soll aus der Stellplatzrücklage erfolgen, einem Geldtopf, aus dem neben Parkplätzen zum Beispiel auch Radabstellmöglichkeiten finanziert werden können. Viel Geld für Parkplätze, das an anderer Stelle fehlt. Da der Nordpark über den Klingelholl und Mallack mit verschiedenen Buslinien zu erreichen ist und viele Menschen den Spaziergang zum Nordpark zu Fuß starten, reichen die vorhandenen Parkplätze sicherlich aus. Ein attraktiver Park wird nicht dadurch schöner, dass mehr Parkplätze zur Verfügung stehen, sondern durch die Angebote innerhalb des Parks. Hier ist im Nordpark in den vergangenen Jahren bezüglich Spielmöglichkeiten und Aufenthaltsqualität viel erreicht worden, und weitere Maßnahmen werden folgen. Das hat für uns Vorrang.

## FRIEDRICH ENGELS ZUM 200. GEBURTSTAG

### ■ SANIERUNG DES ENGELS-HAUSES IM JUBILÄUMSJAHR

Bezüglich des Zeitplans der Sanierung des Engels-Hauses gibt es starke Kritik seitens der GRÜNEN Ratsfraktion. Was der Fraktion im Kulturausschuss vorgestellt wurde, lässt uns stark daran zweifeln, dass die Sanierung des Hauses pünktlich zum 200. Geburtstag von Friedrich Engels fertig ist.

Auch den Neubau des Besucherzentrums (Ankerpunkt China NRW) ohne eine Ausschreibung oder einen Architekten-Wettbewerb im Vorfeld sieht die GRÜNE Fraktion kritisch. Wir fragen uns: Was sind die Ursachen? Arbeiten die Dezernate nicht miteinander zum Wohle der Stadt Wuppertal an dem Projekt? Ist das Gebäudemanagement (GMW) mit den vielen Schulprojekten, dem Neubau der Sporthalle an der Nevigeser Straße und der Planung des Pina-Bausch-Zentrums überlastet? Sind durch den Personalabbau auch beim GMW zu viele Stellen weggefallen oder gibt es auf dem freien Markt einfach nicht ausreichend qualifiziertes Personal? Diese und andere Fragen rufen viele Kritiker\*innen auf den Plan, wie zum Beispiel den Gestaltungsbeirat, der es abgelehnt hat, sich mit dem Vorgehen der Stadt auseinanderzusetzen.

Warum ist das Projekt überhaupt so wichtig für die Stadt Wuppertal? Die Antwort findet sich zum Teil in der Stadt Trier, in der das Karl-Marx-Haus steht.

Trier betreibt umfangreiche Werbung für das Karl-Marx-Haus und zieht damit eine große Zahl von chinesischen Gästen an, die viel Geld in der Stadt lassen. Auch das Karl-Marx-Haus wird in den Jahren 2017/2018 saniert und mit einem neuen, modernen Museumskonzept ausgestattet.

Natürlich möchte die Stadt Wuppertal einen ihrer größten Söhne ebenfalls vermarkten und erhält dafür grundsätzlich auch die Unterstützung der GRÜNEN Ratsfraktion. Wir erwarten aber, dass der Kulturausschuss über die Planungen informiert wird und nicht nur durch hartnäckiges Nachfragen bei der Verwaltung auf dem aktuellen Sachstand bleibt. Immerhin haben die vielen Nachfragen der Fraktionen im Kulturausschuss dazu geführt, dass zwei Informationsveranstaltungen zum

Thema stattfinden. Man darf gespannt sein, wie sich ein gestalterisch anspruchsvolles Besucherzentrum zwischen Kannegießer'scher Fabrik und dem Engels-Haus einpasst. Überhaupt noch nicht gelöst ist in dem Zusammenhang die Einrichtung eines Museumscafés. Aus dem jetzigen Café soll ein Lernort werden. Folglich sollte durch eine Ausschreibung schnellstmöglich ein Betreiber für das zukünftige Café gefunden werden, der dann

in die Planungen einbezogen wird. Wir GRÜNEN sehen schon voller Unbehagen der Eröffnung der Geburtstagsfeier für Friedrich Engels im Herbst 2020 entgegen, denn den zu erwartenden Besucher\*innen muss doch das Angebot gemacht werden, sich zu verköstigen, zu entspannen und ihre Eindrücke zu verarbeiten. Anders sieht das nur der Fraktionsvorsitzende der CDU im Stadtrat, Michael Müller, der den GRÜNEN vorwarf, das Café wäre

nur eine Nebensächlichkeit. Wir haben aber bei eigenen Besuchen festgestellt, dass auch die chinesischen Gäste – und nicht nur sie – die Möglichkeit, eine Tasse Kaffee oder Tee und ein Stück Kuchen zu sich zu nehmen, bei ihrem straffen Besuchsprogramm in Deutschland wertschätzen. Wir GRÜNEN werden am Ball bleiben und kritisch, aber konstruktiv unsere Fragen zum Wohle des Projektes stellen.





**Fahrrad selber kaufen**  
**ABO**  
geschenkt

Wenn Sie „DIESE GRÜNEN!“ regelmäßig per E-Mail erhalten möchten, bitte eine Mail an [fraktion@gruene-wuppertal.de](mailto:fraktion@gruene-wuppertal.de) senden.



## WETTBEWERB VON-DER-HEYDT-PLATZ:

### ■ PLANUNG OHNE FAHRRÄDER

Viele Bürger\*innen verstehen nicht, warum die städtischen Planer gerade den Von-der-Heydt-Platz als ersten Stadtplatz umgestalten wollen. Bei der Werkstatt der Innenstadtkonferenz Anfang März haben die Bürger\*innen dem Platz am Kolk und dem Karlsplatz eine höhere Priorität zugeteilt.

Der zuständige Beigeordnete Frank Meyer erklärte uns dazu, die anderen Plätze seien durch die Verkehrsanbindung komplexer zu planen und die Anträge müssten in diesem Jahr eingereicht werden. Die anderen Plätze in Wuppertal kämen später dran. Derzeit konkurrieren 20 Landschaftsarchitekt\*innen darum, bis Ende Juni

die beste Idee für eine Neugestaltung des Platzes abzuliefern. Der Von-der-Heydt-Platz soll sich künftig modern, familienfreundlich und einladend präsentieren. Die rund 3.100 Quadratmeter große Fläche soll einerseits weiterhin für Veranstaltungen nutzbar sein und sich andererseits harmonisch an die nahegelegene Fußgängerzone in der Herzogstraße anfügen, die auch zum Plangebiet gehört. Dass in der Jury für den Wettbewerb keine Bürgervertreter\*innen sitzen, stößt nicht nur einigen Bürger\*innen sauer auf, sondern auch der GRÜNEN Fraktion. Bürgerbeteiligung sieht eigentlich anders aus ...

Uns GRÜNEN ist natürlich sofort aufgefallen, dass das Thema „Fahrrad“ in der Auslobung des Wettbewerbs ausdrücklich ausgeklammert wurde. Daraufhin haben wir uns dafür eingesetzt, dass zumindest am Rand des Plangebiets Abstellbügel für Fahrräder installiert werden.

Der Umbau des Von-der-Heydt-Platzes wird etwa eine Million Euro kosten, von denen das Land 80% übernehmen könnte. Die Bauarbeiten können beginnen, sobald eine Fördermittel-Zusage des Landes vorliegt. Die Stadt will die Förderanträge im Herbst einreichen. Wenn alles zeitlich klappt, dann könnte Ende 2018 der Umbau starten.

## EIN SOLIDARISCHES BÜRGERTICKET FÜR WUPPERTAL

### ■ GASTKOMMENTAR VON JAN NIKO KIRSCHBAUM, BÜRGERTICKET-INITIATIVE WUPPERTAL

„Ein Bürgerticket? Das geht doch gar nicht!“ So lautet oft die erste Reaktion, wenn man mit Leuten über die Idee spricht, die Betriebskosten des Nahverkehrs mittels einer Umlage fair auf alle Bürger\*innen und sogar weitere Nutznießer\*innen zu verteilen.

Übrigens auch bei den GRÜNEN. Die gewohnten Denkweisen hinsichtlich der Finanzierung und Struktur des ÖPNV aufzubrechen, braucht Zeit und erfordert politischen Mut. Doch das Ziel, das hinter der Idee einer solidarischen Finanzierung steckt, birgt so viel Potenzial, dass es sich dafür zu kämpfen lohnt:

Das Bürgerticket ist solidarisch, denn es ermöglicht allen Wuppertaler\*innen, mobil zu sein, unabhängig von der Größe des Portemonnaies. Gleichzeitig macht es die Nutzung von Bus und Bahn unkomplizierter und transparenter: ein Ticket für alles statt 26 Tarifangebote!



Foto: Jan Niko Kirschbaum

Das Bürgerticket ist ökonomisch sinnvoll, denn der ÖPNV bringt einen enormen wirtschaftlichen Nutzen für die Stadt. Mehr Arbeitsplätze, geringere Verkehrskosten und eine erhöhte Attraktivität Wuppertals sind Werte, die zwar nicht in der Bilanz der WSW auftauchen – dafür aber im Haushalt. Und wenn die Energiekosten nicht mehr so wie heute den Nahverkehr stützen müssen, haben wir 46 Millionen Euro übrig. Jedes Jahr.

Das Bürgerticket ist umweltfreundlich, denn es hilft, den Ausstoß von CO<sub>2</sub>, Stickoxiden und Feinstaub zu vermindern. Nur wenn wir das Angebot des ÖPNV verbessern und gleichzeitig auch den Antrieb der Busse umweltfreundlich gestalten, können wir den Klimawandel bekämpfen.

Das Bürgerticket macht Wuppertal lebenswerter. Nicht nur, weil es solidarisch, ökonomisch sinnvoll und umweltfreundlich ist, sondern weil ein dichtes, zuverlässiges und gutes ÖPNV-Netz

die Menschen zum Umsteigen bewegt und der Verkehr in Wuppertal menschenfreundlicher wird. Damit nicht mehr alle drei Tage ein Kind im Wuppertaler Verkehr verunglückt. Damit die Anwohner\*innen unserer Hauptstraßen nicht mehr wegen der Folgen der Verkehrsemissionen früher als andere sterben. Damit sich Kinder und Senior\*innen auf unseren Straßen sicher fühlen können. Damit mehr Flächen für Parks statt für Parkplätze verwendet werden können. Damit der Stau nicht länger die Wirtschaft blockiert. Damit Busfahren so unkompliziert wird wie Eisessen. Damit Wuppertal mehr Lebensqualität bekommt.

„Eine tolle Idee! Warum machen wir das nicht?“ So lautet oft die zweite Reaktion, wenn man die Idee des Solidarischen Bürgertickets erklärt hat. Es geht eben doch.

[www.buergerticket-wuppertal.de](http://www.buergerticket-wuppertal.de)

## MARTIN-GAUGER-BRÜCKE

### NEUES AUS DER BEZIRKSVERTRETUNG ELBERFELD

Am 08.02.2017 beschloss die Bezirksvertretung Elberfeld einstimmig einen Bürgerantrag, in dem vorgeschlagen wurde, die Wupperbrücke zwischen Hofkamp und Hartmannufer am Landgericht „Martin-Gauger-Brücke“ zu benennen.

Der Wuppertaler Pazifist Martin Gauger, der bis zu seiner Entlassung 1934 als Staatsanwalt am Landgericht Wuppertal arbeitete, wurde am 15. Juli 1941 in der Euthanasieanstalt Pirna ermordet. Dr. Martin Gauger steht in besonderer Weise für Recht und gelebte Menschlichkeit. Er war einer von ganz wenigen Justizangehörigen, die den Mut aufbrachten, dem natio-

nalsozialistischen Regime die Loyalität zu verweigern.

Um diesen herausragenden Wuppertaler endlich gebührend zu würdigen, hat die BV Elberfeld dem Bürgerantrag, die Brücke nach Martin Gauger zu benennen, entsprochen.

Da nach dem Beschluss keine Schritte zu einer Umsetzung erkennbar waren, stellten wir eine Anfrage für die Ratsitzung am 15. Mai und fragten nach dem Straßenschild und einem würdigen Einweihungsakt. Die Antwort in der Ratssitzung bestand aus einem Satz: „Alles wird gut.“ – Wir warten weiterhin auf die Umsetzung des Beschlusses.



Foto: Privat

## STÄDTISCHE HAUSHALTSBERATUNGEN

### BÜRGERBETEILIGUNG ERWÜNSCHT

Im Jahr 2017 entscheidet der Stadtrat über den Doppelhaushalt 2018/2019. Die Haushaltsplanung wird durch eine umfangreiche Bürgerbeteiligung begleitet. Gegenüber der ursprünglichen Planung wurden die Termine nach hinten geschoben. Stadtdirektor Dr. Slawig will den Plan erst im September oder Oktober vorlegen. Nach Beratung in den Ratsgremien soll der Plan vor Jahresende beschlossen werden.

#### Ein unerwarteter Geldsegen

Grund für die Verschiebung: Durch einen Unternehmensverkauf hat die Stadt 2017 einmalig 68 Millionen Euro Gewerbesteuer zusätzlich eingenommen. Als Kommune im Stärkungspakt muss die Stadt diese unerwarteten 68 Millionen zum Schuldenabbau nutzen. Da die Mehreinnahmen für die Gewerbesteuer auf Schlüsselzuweisungen für 2018 angerechnet werden, bekommt Wuppertal 2018 im schlimmsten Fall rund 40 Millionen Euro weniger. Die fehlenden Millionen würden dann auch für 2018 gesetzlich vorgeschriebenen Haushaltsausgleich gefährden.

#### Die besten Ideen für das Bürgerbudget

Im Projekt Bürgerbudget werden konkrete Mitgestaltungsmöglichkeiten am kommunalen Haushalt geschaffen. In



einem zweiphasigen Prozess können Bürger\*innen Vorschläge für Projekte, die im Zuständigkeitsbereich der Stadtverwaltung liegen, abgeben. Dafür werden im kommunalen Haushalt 150.000 Euro zur Verfügung gestellt. Die Vorschläge sollen gemeinwohlorientiert und mittelfristig im Rahmen des Doppelhaushaltes umsetzbar sein.

Seit dem 7. Juni steht fest, welche 32 Projekte die besten Chancen haben. Auf Platz 1 wurde das Projekt gewählt, die Sambatrasse mit dem Steinbecker Bahnhof zu verbinden. Außerdem könnte Urban Gardening in allen Stadtteilen gefördert werden oder die Stadt könnte mobile Rampen für Rollstuhlfahrer\*innen verleihen.

#### Siegerprojekt nicht realisierbar

Leider wird das Siegerprojekt so, wie vom Einreicher vorgeschlagen, nicht realisiert werden können. Der Stadtentwicklungsausschuss hat sich vor zwei Jahren auf unsere Anregung hin mit dem Thema beschäftigt und eine Verlängerung der bestehenden Strecke um 400 Meter nach Osten beschlossen. Die Gesamtstrecke beträgt ca. 2 km. Aber selbst die 400 Meter gibt es nicht für 50.000 Euro. Wir verstehen nicht, warum das bei der Vorprüfung der Projekte nicht aufgefallen ist.

Bis zum Herbst werden die Projekte von der Stadtverwaltung geprüft. Im September gibt es die nächste Online-Abstimmung. Die Siegerprojekte nehmen Kämmerer Dr. Slawig und Oberbürgermeister Mucke in den Haushaltsplan auf.



Foto: Privat

## RATS-CHRONIK MAI

### Leitlinienentwurf Bürgerbeteiligung

Wir GRÜNEN engagieren uns seit vielen Jahren für eine stärkere Beteiligung der Bürger\*innen. Deshalb freuen wir uns, dass nun in Wuppertal Leitlinien dafür entwickelt und zunächst in den Rat eingebracht wurden. In einem gemeinsamen Diskussionsprozess hatten Bürger\*innen, Verwaltung und Politik den Entwurf erarbeitet. Ann-Kathrin Klappert als Vertreterin der Bürger\*innen berichtete dem Rat über ihre anfängliche Skepsis und das Ergebnis, das von allen Beteiligten getragen wurde. Im nächsten Schritt werden sich die Politiker\*innen in den Fachgremien mit dem Entwurf befassen.

### Entscheidung zur Seilbahn ohne Bürgerbeteiligung

Die GRÜNEN unterstützen einen Antrag der FDP-Fraktion, eine vom Rat initiierte freiwillige Bürgerbefragung in Anlehnung an einen Ratsbürgerentscheid zum Thema Seilbahn durchzuführen. Das Thema wird immerhin seit Monaten im Tal leidenschaftlich und kontrovers diskutiert. Die Entscheidung, ob Wuppertal eine Seilbahn bekommt oder nicht, ist für Wuppertal zentral und sollte deshalb von möglichst vielen Menschen getroffen werden. Als Zeitpunkt für die Abstimmung wäre die Bundestagswahl am 24. September ideal, denn damit wäre eine größtmögliche Beteiligung gewährleistet. Der Rat könnte das Ergebnis freiwillig als für sich bindend akzeptieren. Erst nach zweimaliger Aufforderung durch unsere Fraktion in der Sitzung sah sich der für Bürgerbeteiligung und das Rechtsamt zuständige Dezernent nach fast einer Stunde Debatte bemüßigt, eine Bewertung des Antrags abzugeben, und ließ durch den Leiter des Rechtsamtes erklären, dass es hiergegen juristische Bedenken gäbe. Daher wurde von SPD und CDU Ver- tagung des Beschlusses beantragt und

beschlossen. Eine gleichzeitige Durchführung der Befragung mit der Bundestagswahl im September ist daher aus Zeitgründen de facto vom Tisch.

### Appell zur Luftreinhaltung

So lautet der Titel einer Resolution, die von der GRÜNEN Ratsfraktion in den Rat eingebracht wurde. Darin wird an die Bundesregierung appelliert, die Städte durch verschiedene Maßnahmen zu unterstützen, z.B. durch höhere Umweltstandards, eine stärkere Förderung des ÖPNV und Sanktionen für Emittenten von Luftschadstoffen. In Wuppertal wie an 44% aller Messstellen in den Städten von NRW werden die Grenzwerte für Stickstoffdioxid überschritten. Klar ist: Die Luft muss sauberer werden. Eine Behandlung unserer Resolution im Rat wurde mit der Mehrheit von SPD und CDU abgelehnt und zur Beratung in den Ausschuss für Umwelt überwiesen.

### Sanierung des Engels-Hauses

Die Verwaltung brachte eine Vorlage zur Sanierung und Restaurierung des Engels-Hauses inklusive Neubau eines Besucherzentrums ein. So weit, so gut.

Oder nicht? Denn zum 200. Geburtstag von Friedrich Engels im Jahr 2020 sollen die Sanierungen abgeschlossen sein, allerdings erst im Oktober. Das Jubiläum wird jedoch das ganze Jahr über begangen. Das bedeutet, dass nur für einen kurzen Zeitraum das Engels-Haus oder das Besucherzentrum einbezogen werden können, weil dort zuvor noch eine Baustelle ist. Darüber hinaus wurde dieser große Bauauftrag nicht im Zuge eines Architektenwettbewerbs vergeben. Deshalb waren die Architekten, die im Gestaltungsbeirat mitwirken, zu Recht verärgert. Sie wollen sich wegen der Vorgeschichte nicht mit der Gestaltung befassen. Trotz dieser Kritikpunkte gab es keine Alternative, daher haben die GRÜNEN und alle anderen Fraktionen der Vorlage zugestimmt.

### Geplante Sperrung des Schienenverkehrs während der Sommerferien

Chaos in den Osterferien – das trifft die Kritik an den Ersatzmaßnahmen der Deutschen Bahn während der Abkopplung Wuppertals vom Schienenverkehr. Wir GRÜNEN halten die Einschränkungen und Belastungen, die

Bahnreisenden zugemutet wurden, nicht akzeptabel. Deshalb beantragten wir zur Ratssitzung eine Resolution an die Deutsche Bahn, da in den sechseinhalbwöchigen Sommerferien wieder eine Sperrung des Schienenverkehrs ins Haus steht. Bis dahin muss in Wuppertal viel verbessert werden: Die Bedürfnisse der Fahrgäste müssen im Mittelpunkt stehen, die Bahn muss mehr Buslinien zur Verfügung stellen und viele Einzelmaßnahmen sind notwendig, damit ein weiteres Chaos im Sommer ausbleibt. Unser Antrag wurde auf einer Sondersitzung des Verkehrsausschusses am 06.06.17 einstimmig als Resolution beschlossen.

### Landesförderung zur Beseitigung von Schrottimmobilien

Wuppertal hat ein Problem mit Schrottimmobilien. Die rot-grüne Landesregierung hatte ein Programm zur Beseitigung oder Sanierung solcher Häuser aufgelegt. Darin werden acht Städten, darunter auch Wuppertal, im Rahmen eines Modellprogrammes insgesamt 33 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Die GRÜNEN fragten in der Ratssitzung u.a., ob es eine Prioritätenliste der Objekte gibt, wie viel Geld für Wuppertal zur Verfügung gestellt wird und wann die Arbeit konkret in Angriff genommen wird. In ihrer Antwort erläuterte die Verwaltung, dass sie 4,6 Millionen Euro beantragt habe. Seit 2014 wurden 19 Immobilien saniert und 23 abgerissen.



Cartoon: Harm Bengen

## IMPRESSUM

#### Herausgeberin:

Ratsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN  
Rathaus Barmen, 42269 Wuppertal  
Tel. 0202. 563. 6204  
Fax: 0202. 59 64 88  
E-Mail: fraktion@gruene-wuppertal.de  
www.gruene-wuppertal.de

#### Mitarbeiter\*innen dieser Ausgabe:

Anja Liebert (V.i.S.d.P.), Sylvia Meyer (Redaktion), Bettina Brücher, Marcel Gabriel-Simon, Klaus Lüdemann, Kordula Pfaller, Ilona Schäfer, Gerta Siller, Frank ter Veld, Peter Vorsteher

#### Gastbeiträge und -kommentare:

Jutta Velte MdL, ehem. Bergische Landtagsabgeordnete der GRÜNEN  
Claudia Schmidt, Kreisvorstand BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Wuppertal  
Jan Niko Kirschbaum, Bürgerticket-Initiative Wuppertal

Alle Fotos, soweit nicht anders gekennzeichnet: Mathias Kehren

#### Satz und Gestaltung:

werkmarie, Rudolfstr. 28a, 42285 Wuppertal

#### Druck:

talevent GmbH, Rudolfstr. 28a, 42285 Wuppertal

#### Auflage: 29.500

Diese Ausgabe liegt u.a. aus im ADA, Wiesenstraße; AIDS-Hilfe e.V., Simonsstraße 36; ASTA, Berg. Universität; Behindert - na und?, Arrenberg'sche Höfe 4; die börse, Wolkenburg 100; Café Moritz, Höhe 22; Cinema, Berliner Straße; Die Färberei, Peter-Hansen-Platz 1; Fraktionsbüro GRÜNE, Johannes-Rau-Platz 1; Kreisgeschäftsstelle GRÜNES Büro, Friedrich-Ebert-Str. 76; Katzensgold, Untergrüne-walderstraße 3; Nachbarschaftsheim, Platz der Republik; Spunk, Flensburger Straße 38.

Die Abgabe ist kostenlos!

Alle GRÜNEN Anfragen, Anträge, Pressemitteilungen, Stellungnahmen, im Rat gehaltenen Reden, Newsletter und älteren Ausgaben der Fraktionszeitung finden Sie in den Rubriken Aktuelles oder Presse unter [www.gruene-wuppertal.de](http://www.gruene-wuppertal.de).